

# Zur politischen Ursachenanalyse für die SPD-Wahlniederlage in Sachsen-Anhalt

**Karl Mai**  
Halle, den 26.4.02

## 1. Die aktuellen Ereignisse der letzten Monate

Noch im Sommer letzten Jahres währte sich die SPD-Spitze hierzulande in der Vorstellung, dass die politische Macht der SPD nicht in Frage gestellt ist. MP Höppner „schwamm auf dem Erfolg“ des Solidarpakts II und lebte in der Erwartung deutlichen wirtschaftlichen Wachstums. Das Bruttoinlandprodukt war im Jahre 2000 mit 0,6 % doppelt so rasch gestiegen wie im Land Brandenburg und lag je Erwerbstätigen mit 3,1 % Jahreszuwachs auf Rang 2 der neuen Bundesländer. Im Verarbeitenden Gewerbe war im Jahr 2000 die Bruttowertschöpfung sogar um 6,1 % gewachsen. Selbst die „Haushaltskonsolidierung“ bis 2006 erschien ihm als erreichbares Ziel, da die letzten sechs zurückliegenden Jahre einen Rückgang auf 42 % des einstigen Höchststandes (1994) der jährlichen Neuverschuldung schon erreicht hatten.

Im späten Herbst 2001 wurde jedoch klarer, dass ein konjunktureller Rückschlag einsetzte, der die Aussichten für ein rasches Vorankommen der Wirtschaftsleistung trübte. So hat dann Sachsen-Anhalt bis Jahresende einen Rückgang des BIP um -0,9 % hinnehmen müssen, während das BIP in Sachsen noch um +0,8 % leicht anstieg, dabei jedoch in zwei anderen neuen Bundesländern noch stärker abfiel als in Sachsen-Anhalt. Im Verarbeitenden Gewerbe hielt Sachsen-Anhalt mit +5,3 % Zuwachs der Bruttowertschöpfung sogar noch den 2. Rang bei den ostdeutschen Ländern.<sup>1</sup>

Der gesamtdeutsch einsetzende Chor der Unternehmerverbände nach raschen weiteren „Reformen“ im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich lastete auf der rot-grünen Regierung. Der 11. September brachte eine Politikwende nach innen und außen, die synchron mit dem wirtschaftlichen Konjunkturabschwung die politische Stimmung verschlechterte und die Politikverdrossenheit der Bürger erhöhte. Insbesondere Projekte für die Reform des Arbeitsmarktes und des Gesundheitswesens stießen auf heftige Reaktionen in der gesamtdeutschen Bevölkerung.

In dieser Ausgangslage erkannte die bürgerliche Mitte in Sachsen-Anhalt die Stunde des Trommelns für eine Politikwende, die auf partiellen Schwächen der Wirtschaftslage basierte und eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes einforderte. Die Kampagne wurde aus Wirtschaftskreisen vorgetragen und mit neoliberalen Forderungen und Schlagworten befrachtet, die der Regierung Höppner den Erfolg absprachen. Hieraus entstand eine Signalwirkung zum Angriff auf die Minderheitsregierung, die durch eine oftmals völlig einseitige Kritik der konservativ geführten Landespresse ihre öffentliche Multiplikatorwirkung fand.

Die gefährliche Tiefenwirkung dieses politischen Trends wurde zunächst durch die SPD-Spitze bagatellisiert und unterschätzt. Die Abwehrreaktionen blieben anfänglich zögerlich oder wenig überzeugend, man versuchte die Kritik öffentlich abzuwiegeln. Als danach aber Befragungen der Wohnbevölkerung erste ernsthafte Verschiebungen in der

Wählergunst anzeigten, war die SPD- und Regierungsspitze nicht genügend gewappnet, diesen Trend zu brechen.

Das nunmehr dringend benötigte „wirtschaftspolitische Leitbild“ der Höppner-Regierung entstand zu spät und dominierte nicht mehr massenwirksam die öffentliche Diskussion. Die Erwartungen auf eine politische Durchschlagskraft des Ostparteitages der SPD in Magdeburg sahen sich ebenfalls mehrheitlich enttäuscht, da hier die offene Diskussion grundlegender Strategiefragen für Ostdeutschland nicht stattfand und eine von den Bürgern gewünschte klare Erkennbarkeit ostdeutscher Zukunftschancen („Aufholprozess“) seitens der Bundesregierung ausblieb.

In der heißen Wahlkampfphase nutzte der MP Höppner seine offensiven Chancen für ein kräftiges Zurückdrängen der Wechselstimmung dann viel zu schwach oder zu selten. Aus den von ihm gegebenen Interviews in der Presse griff keine Schlagkraft der Abwehrargumente und keine Ausstrahlung der eigenen Gestaltungsvisionen auf die Bürger über. Fakten zum höheren BIP-Wachstum in Sachsen-Anhalt zwischen 1996 und 2000 im Vergleich zu den übrigen neuen Bundesländern konnten das Bild nicht positiv korrigieren. Ein Rückgriff auf positive Daten wurde durch Ignoranz der negativen Daten oft unglaubwürdig oder unwirksam. Die z. T. gegen Höppner konzentriert vorgetragene demagogische Argumente konnte er zu wenig entkräften, es fehlte ihm argumentativer Biss, fachliche Souveränität und Schlagfertigkeit, er ließ zu oft und auch zuletzt in der physischen Intensität seiner Streitbarkeit auffällig nach. Die konservative Presse brachte einseitig sehr kritische Leserzuschriften, die den Eindruck der breiten Unzufriedenheit verstärkten. Die in den letzten Monaten regierungsseitig eingeleiteten neuen Maßnahmen für eine verstärkte Mittelstands- und Innovationsförderung blieben letztlich außer Betracht.

Die in der letzten Periode vor dem Wahltag immer wieder veröffentlichten Befragungen der Wohnbevölkerung waren wenig geeignet, den Kampfesmut der SPD in eine Siegeszuversicht zu verwandeln. Die psychologische Blockade der SPD-Spitze führte zur weithin defensiv geführten Argumentation im Wahlkampf, während die politische Opposition in massiv und kämpferisch vorgetragene Tatsachenbehauptungen von „Stagnation“ oder in frech-demagogischen Scheinargumenten („Höppner geht. Die Arbeit kommt“) ihre zunehmend massenwirksamen Hiebe austeilte.

Am Ende ging es nicht mehr um die Stichhaltigkeit der Vorwürfe gegen die bisherige Landespolitik, sondern um das Vortragen von Wende-Erwartungen und Verheißungen auf bessere Gestaltungschancen aus dem Lager der Opposition: Erwartungen, die aber absehbar objektiv an den sehr begrenzten Mitteln jeder künftigen Landesregierung scheitern müssen.

## 2. „Koalitionsdilemma“ der SPD-Spitze

Die Landes-SPD hatte sich noch vor der heißen Wahlkampfphase jeder bindenden Koalitionsaussage enthalten und damit ihre „inneren Flügelkämpfe“ zu dieser Aussage ruhig gestellt. Das hatte zur Folge, dass die SPD hinsichtlich der Wahlergebnisse der 1. und der 2. Wählerstimme völlig auf sich allein gestellt blieb. Damit war von vornherein klar, dass die Direktkandidaten von jener Partei gestellt würden, die in der Wählergunst

vorn liegt. Nach den laufenden Befragungen der Wohnbevölkerung war dies erwartungsgemäß die CDU.

Die SPD-Spitze glaubte bis zuletzt illusionär, dass sie objektiv noch immer die Möglichkeit behalte, zwischen CDU und PDS als Koalitionspartner selbst wählen zu können. Dies trug MP Höppner sogar am Vorabend der Wahl öffentlich vor. Der große Wahlerfolg der FDP hat diese Hoffnung ebenso getrogen, wie es die erdrutschartige Niederlage der SPD bewirkte – die bürgerliche Mitte gewann insgesamt eine deutliche Mehrheit. Damit schied die SPD aus der künftigen Regierungsbildung konsequent, jedoch subjektiv auch überraschend aus und wurde in die Oppositionsrolle verwiesen.

Völlig überzogen wird nun aus „rechten“ SPD-Kreisen behauptet, die bisherige Tolerierung durch die PDS habe die Wahlchancen der SPD 2002 zerstört. Die Enttäuschung über den Verlust sogar ihrer zuletzt noch erhofften Junior-Rolle in einer Koalition mit der CDU entfesselte rüde Angriffe auf SPD-Linke, die auch nach außen drangen: wegen der PDS-Tolerierung wurden jenen „Schuldbekennnisse“ zugemutet, die innerfraktionell als Verursacher der Niederlage „abgestempelt“ waren. Vergessen war, dass es bei der Landtagswahl 1998 überhaupt kein solches „PDS-Schuldargument“ gab – da gelang die Wiederwahl der Minderheitsregierung Höppner im Aufwind der Erwartungen eines bundesweiten Politikwechsels zu Rot-Grün. Es kann auch nicht ernsthaft nachgewiesen werden, dass die PDS die SPD in der Landespolitik „zu Fehlern getrieben“ habe, die man nun der SPD allein öffentlich anlaste.

Seit sich die unbefriedigenden bzw. enttäuschenden Ergebnisse des Wechsels der Bundesregierung für die Lage in den neuen Bundesländern immer stärker verdeutlichten, seit die „Chefsache Ost“ sich mehr als Flop als ein Erfolg erwies, fehlte der Regierung Höppner der zuversichtliche weitere „Erfolgsglaube“ der mehrheitlichen Wohnbevölkerung des Landes Sachsen-Anhalt in die SPD-Politik schlechthin. Politische Verbitterung vertrieb hierzulande zu viele früheren SPD-Wähler in andere Richtung, d.h. zu anderen Parteien oder ins Nichtwählerlager – die SPD verlor mehr als 300.000 enttäuschte Wähler.

Man kann nicht eindeutig beweisen, dass sich eine rechtzeitig getroffene Aussage der SPD zugunsten einer Großen Koalition mit der CDU am Ende so ausgewirkt hätte, dass die Juniorrolle der SPD jetzt gesichert gewesen wäre. Die CDU wäre nicht an eine solche SPD-Position fest zu binden gewesen, aber die PDS-Tolerierung wäre sofort beendet worden. Am Ende hätte eine politische Regierungskrise das Land einige Monate früher getroffen.

Entscheidend war letztlich, dass es der SPD-Spitze nicht von vornherein ernst genug war, eine öffentliche Wechselstimmung im Lande energisch zu verhindern, bevor diese sich relativ verfestigte. In den Sesseln der Macht erkennt man oft nicht die Stimmungen im Volke. Die SPD-Spitze hatte sich in ihrer Sicht auf die Realität eine selektive Brille aufgesetzt, die zur partiellen Selbsttäuschung führte.

### 3. „Rote Laterne“ für Sachsen-Anhalt?

Die Phrase von der „Roten Laterne“ für Sachsen-Anhalt spielte eine nicht unwesentliche Rolle in der erzeugten Wendestimmung der Wohnbevölkerung. Sie verdeckte allerdings völlig die harte Tatsache, dass das Land selbst – wie auch die anderen neuen Bundesländer - doch stetig in den letzten Jahren vorangekommen war: nur die Rangfolge bei wichtigen Erfolgskriterien hatte sich nicht durchgängig verbessert. Allerdings wechselten einige Plätze in dieser Rangfolge, weil die Entwicklung im Osten Deutschlands bisher nicht gleichförmig verlaufen ist und auch nicht künftig so verlaufen wird.

Nach einer soeben erschienen Untersuchung, basierend auf den Daten des Jahres 2000, hatte Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern innerhalb von 22 wichtigen volkswirtschaftlich-sozialen Indikatoren immerhin bei 9 Positionen den letzten Rang inne. Dies gilt für: Bruttoinlandprodukt je Einwohner, Arbeitslosenquote, Unterbeschäftigungsquote, Erwerbstätigenquote, Sozialhilfequote, Unternehmensbesatz, Hochschulabsolventenbesatz, Besatz mit Datenverarbeitungsfachleuten, Wanderungssaldo. („Jahrbuch 2002 für Politik und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt“, mdv 2002, S. 17)

Demgegenüber hatte Thüringen nur bei 6 Positionen den letzten Platz und Mecklenburg-Vorpommern nur bei 4 Positionen.

Das ist die Realität, hinter der sich für die Höppner-Regierung auch 8 Jahre angespannter und erfolgreicher Arbeit verbargen, und die Leistungen in der zweiten Legislaturperiode der SPD-geführten Regierung sind nicht etwa zurückgefallen. Wo „Abstriche am Erfolg“ zu machen sind, gab es auch immer finanzielle Friktionen im Landeshaushalt, die sich in der stetigen Landesverschuldung einen Ausweg suchten. Die seit 1997 verstärkt eingeleitete Politik der „Haushaltskonsolidierung“ brachte manche Wachstumseinbuße – dies gilt aber für alle neuen Bundesländer ähnlich.

MP Höppner wollte jedoch den Vorwurf der „Roten Laterne“ überhaupt leugnen, wie noch aus einem seiner letzten Interviews <sup>2</sup> hervorging. Höppner: „Wo, bitte, ist da die rote Laterne“ für Sachsen-Anhalt? Offensichtlich zählte Höppner die Schlusspositionen bei der Arbeitslosigkeit und bei der öffentlichen Verschuldung im Lande nicht zu den wichtigen wirtschaftsrelevanten Daten. Auch übergang er die Tatsache, dass das höhere Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe durch ein Schrumpfen in der Bauleistung immer noch und auch weiterhin kompensiert wird. Man konnte sich nicht des Eindrucks erwehren, dass Höppner einem partiellen Realitätsverlust erlegen war, der eine differenziertere Bewertung gar nicht mehr erlaubte.

Dies zeigte sich auch in seinem letzten Wahlkampfauftritt im Fernsehen, wo er mit einseitigen Erfolgsdaten im „Trommelfeuer“ der Opposition (unter den knallhart vorgebrachten Misserfolgsdaten) einfach verstummte. Dabei war ja keineswegs erwiesen, dass es die SPD- Landes- und Regierungspolitik war, die selbst die Ursachen für relative Rückstände im wirtschaftlichen Aufholen zu vertreten hat. Kein Hinweis Höppners auch darauf, dass die tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsdaten zwischen den ostdeutschen Bundesländern nur sehr geringfügig abweichen, im Vergleich zu den erheblichen Entwicklungsrückständen zu den westdeutschen Bundesländern.

#### 4. Die Frage des „Aufholprozesses“ ist kein spezifisches SPD-Problem

Wir nähern uns damit dem ostdeutschen Unterentwicklungsdilemma schlechthin: der Frage eines nachhaltig höheren Wirtschaftswachstums Ost gegenüber West. Dieses Problem kann auch von keiner CDU-geführten Landesregierung im Alleingang gelöst werden – insofern hat es Höppner tatsächlich versäumt, die Opposition energisch hierauf zu verweisen.

Es gab also keinen Grund, die volle Verantwortung für die insgesamt noch zu schwachen volkswirtschaftlichen Wachstumsraten in Sachsen-Anhalt allein oder überwiegend auf die „Kappe der Landesregierung“ zu nehmen: derartig schwere Fehler in der eigenen Wirtschaftspolitik hat sie keineswegs begangen. Im Gegenteil: in gewissem Grade bzw. in gewissen Bereichen ist die Höppner-Regierung zuletzt zum Opfer der Steuer- und der „Sparpolitik“ Eichels geworden. Rigide Sparforderungen schlugen sich in rückläufigen Investitionsanteilen im öffentlichen Infrastrukturbereich des Landeshaushalts und insbesondere der kommunalen Haushalte nieder.

Die ostregionale *Stagnationsphase im Aufholprozess* in den letzten Jahren ist keineswegs auf das generelle Versagen der jeweiligen Landesregierungen zurückzuführen, und insofern ist der rechtskonservative Angriff auf die Höppner-Regierung zwecks „Überwindung der Stagnation“ objektiv abwegig – er zeigte sich jedoch letztlich als psychologisch äußerst massenwirksam. Hieraus resultiert eine beachtliche latente Gefahr für die Chancen der SPD bzw. der Bundesregierung im anschließenden Wahlkampf für den Bundestag.

Die neue Landesregierung wird rasch merken, dass die weitere harte Konsolidierung des Landeshaushalts bis 2006 (in Verbindung mit der Finanzpolitik der jetzigen oder/und einer künftigen Bundesregierung) jene Eckpflöcke setzt, über denen sich das „Zelt von Land Sachsen-Anhalt“ spannt. Die nüchterne Analyse der ostdeutschen Lage insgesamt und der weiteren Perspektiven wird im „Memorandum 2002“ überzeugend dargelegt.

---

<sup>1</sup> Angaben für 2001 nach VGR-Statistik auf Preisbasis 1995

<sup>2</sup> Monatszeitschrift „Wirtschaft & Markt“(Ost), Nr. 4/2002, S. 16 ff.